

Frau  
Jessica Miriam Schülke MdL  
Vorsitzende des Ausschusses für  
Wissenschaft und Kultur

**Cindy Lutz MdL**  
Vorsitzende Arbeitskreis  
Wissenschaft und Kultur

Nur per E-Mail:  
jessicamiriam.schuelke@  
lt.niedersachsen.de

7. Februar 2025

## **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Beschluss des Verwaltungsgerichts Hannover über den rechtswidrigen Abbruch des Bewerbungsverfahrens um den Präsidentenposten an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Schülke,

am 6. Februar 2025 berichtet die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* (HAZ) online unter der Überschrift „*Schlappe für den Minister: Präsidentensuche an der Musikhochschule: Auch Ministerium verliert vor Gericht*“<sup>1</sup>, dass das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) im Streit um die Neubesetzung des Präsidentenamtes an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover eine juristische Niederlage erlitten habe. In dem Artikel wird berichtet, dass das Ministerium die Führungsposition an der Hochschule neu ausschreiben wollte, nachdem ein erstes Verfahren für viel Ärger gesorgt habe. Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover sei dies vorerst nicht möglich. Das Gericht habe das MWK dazu verpflichtet, das Verfahren fortzuführen<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> <https://www.haz.de/kultur/regional/praesidentensuche-an-der-musikhochschule-auch-ministerium-verliert-vor-gericht-7DFVXWLXYBF57C4GHKHVRRG2CM.html>

<sup>2</sup> Vgl. auch die Pressemitteilung des VG Hannover über den Beschluss vom 04.02.2025 (Az. 2 B 5359/24): <https://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/niedersaechsisches-ministerium-fur-wissenschaft-und-kultur-muss-besetzungsverfahren-fur-die-praesidentenstelle-bei-der-musikhochschule-hannover-fortsetzen-239312.html>

Die Entscheidung sei ausweislich der Berichterstattung die neueste Wendung einer langen, unglücklichen Geschichte: Im Juli 2023 sei ein neuer Präsident vom Senat der Hochschule gewählt worden, gegen dessen Wahl sich schnell Protest vor allem von Lehrenden aus dem künstlerischen Bereich der Hochschule geregt habe. Bald darauf seien mögliche Formfehler im Verfahren öffentlich geworden, woraufhin das Präsidium der Hochschule das Berufungsverfahren abgebrochen habe.

Der gewählte Präsident habe Rechtsschutz gegen diese Entscheidung beim Verwaltungsgericht gesucht und über zwei Instanzen hinweg recht bekommen. Im Sommer 2024 habe der Wissenschaftsminister einen Staatskommissar mit der Leitung der Musikhochschule beauftragt. Dieser habe zunächst versucht, eine gemeinsame Lösung mit allen Beteiligten zu finden. Weil das offenbar nicht möglich gewesen sei, habe das MWK im Oktober 2024 das Verfahren zum zweiten Mal abgebrochen. Der gewählte Präsident habe daraufhin wieder Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht gesucht und nun wieder recht bekommen. Das Gericht habe nun die besondere Bedeutung des Senats in dem Verfahren hervorgehoben, die das Ministerium missachtet habe. Zudem hätte kein sachlicher Grund für den Abbruch vorgelegen.

Vor diesem Hintergrund beantragt meine Fraktion,

**eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Hintergründen, dem aktuellen Sachstand, der Rechtslage auf Basis des Beschlusses des VG Hannover sowie dem weiteren Vorgehen der Landesregierung vor dem Hintergrund der verwaltungsgerichtlichen Niederlage des MWK im Zusammenhang mit dem Besetzungsverfahren für das Präsidentenamt an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover.**

Mit freundlichen Grüßen,

